

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 33 (1992)
Heft: 15

Artikel: Auf das Umdenken kommt es an
Autor: Herzig, Markus
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1093153>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Markus Herzig zu Mittel- und Osteuropa nach dem Umbruch

Auf das Umdenken kommt es an

Europa ist mit dem Kollaps des totalitären Marxismus-Leninismus oder — wie man zu sagen pflegt — des realen Sozialismus ein anderer Kontinent geworden. Global betrachtet ist damit der bis anhin gefährlichste Konflikt der Welt eliminiert. Denn der Marxismus-Leninismus stellte einen hegemonialen, d. h. weltweiten Herrschaftsanspruch. Der reale Sozialismus bedeutete für die Menschen geistig die totale Erstarung im Dogma, politisch die erbarmungslose Entmündigung und wirtschaftlich die planmäßige Verantwortungslosigkeit.

Erst Gorbatschow ermöglichte unter dem Druck des drohenden wirtschaftlichen Zusammenbruchs der Planwirtschaft und insbesondere nach der ökologischen Katastrophe von Tschernobyl mit der erfolgreichen «Glasnost» und — wenn auch gescheiterten — «Perestroika» die eigentlichen revolutionären Wandlungen der Jahre 1989 und 1990 im östlichen Teil Europas.

Freiheit, Menschenrechte und Marktwirtschaft

Die Absichten, die hinter diesen Revolutionen stehen, können so zusammengefasst werden: Geistig geht es um das Prinzip «Freiheit», also um jene Ziele, die schon Motiv der englischen Industriellen Revolution gewesen sind. Es sind im Grunde die Ziele des Liberalismus, es geht um die staatliche und ökonomische Modernisierung. Politisch geht es um die Ziele der Französischen Revolution, also um Menschenrechte und Demokratie. Wirtschaftlich strebt man die Reintegration in europäische und weltwirtschaftliche Kooperationen an, was letztlich in der Gesamtschau die «Rückkehr dieser Länder nach Europa» bedeutet.

Allerdings sind mit dem Umbruch erst die Voraussetzungen für eine solche «Rückkehr» geschaffen worden. Die Realisierung der «Rückkehr» bedeutet insgesamt eine riesige Herausforderung, die selbstverständlich vorab die Menschen in diesen Ländern, aber nicht minder auch uns betrifft.

«Strassburg» oder «Sarajevo»?

Diese — eher nüchtern-theoretische und als Absicht optimistische — Einschätzung der Dinge erfasst indessen bloss einen Aspekt der Realität. Der frühere amerikanische Sicherheitsberater Zbigniew Brzezinski stellte schon vor über einem Jahr skeptisch die Frage, wohin sich das neue Europa wohl wenden werde: nach Strassburg, dem Sitz des Europarates und des Europäischen Parlaments, oder nach Sarajevo, jener Stadt in Bosnien-Herzegowina, die in unseren Tagen erneut eine schicksalsträchtig-traurige Berühmtheit erlangt hat. Im Jahre 1914 wurde in Sarajevo der österreichische Thronfolger erschossen und damit der Erste Weltkrieg ausgelöst. Die Bluttat damals geschah vor dem Hintergrund des Zusammenbruchs der bis zum Ersten Weltkrieg geltenden europäischen Ordnung. Und wieder findet — zum erstenmal seit dem Zweiten Weltkrieg — ein Krieg in Europa (und erst noch sozusagen vor unserer Haustür) statt, und zwar eben in jener Krisenregion, in der zu Beginn unseres Jahrhunderts der Niedergang Europas eingeleitet wurde.

Das Problem der Nationen- und Staatenbildung in Europa war schon 1914 einer der wesentlichen, wenn nicht der ausschlaggebende Grund für die Auslösung des Ersten Weltkrieges. Heute, im Gefolge des Zusammenbruchs der starren Ordnung während des Kalten Krieges erfährt das Problem der Nationen- und Staatenbildung, verbunden mit einem wiedererwachenden Nationalismus in Europa, eine neue Virulenz. Im ehemaligen Jugoslawien, auf dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion, aber auch in der Tschechoslowakei ist dieser Trend offenkundig.

Minderheitenschutz ist das Gebot der Stunde

Bis vor kurzem gab es 35 Staaten in Europa. Heute erheben etwa 50 Nationen unter Berufung auf das

Selbstbestimmungsrecht Anspruch auf staatliche Souveränität. Dass dieser Prozess leider meist nicht friedlich abläuft, beweisen der Bürgerkrieg in Bosnien-Herzegowina sowie die kriegerischen Auseinandersetzungen in Moldawien, Georgien oder in Nagorno-Karabach zwischen Armenien und Aserbaidschan.

Vor allem auf dem riesigen Gebiet der ehemaligen Sowjetunion, in welchem während über 70 Jahren durch eine totalitäre Klammer weit über 100 Völker und Ethnien zusammengezwungen wurden, ist das Konfliktpotential insofern zusätzlich brennend, als Moskau während Jahrzehnten eine willkürliche Be-, Ent- und Umsiedlungspolitik ganzer Völker betrieb.

Heute machen im südlichen Teil Zentraleuropas und in Osteuropa die sogenannten «Minderheiten» oft bis zu 50 Prozent der jeweiligen alteingesessenen Bevölkerung aus. Europa meitsamt dem Osten war schon seit jeher ein Schmelztiegel der Nationen. «Rein-rassige» Regionen gibt es kaum. Minderheitenschutz wäre das Postulat der Stunde. Aber eben: Wenn Nationalbewusstsein in Chauvinismus umschlägt, sind Auseinandersetzungen unvermeidlich. Wo sind die Gründe zu suchen für diese bereits ausgebrochenen oder latent schwelenden zwischenstaatlichen Konflikte?

Das Tauwetter in den osteuropäischen Ländern bringt wieder die alten europäischen Grenzen und damit die alten europäischen Konflikte zum Vorschein, welche die Machtblöcke in den Jahrzehnten des Kalten Krieges überdeckt hatten. 55 Prozent der Grenzen in Europa sind erst im 20. Jahrhundert gezogen worden, eben in der Weise, wie die Sieger sie jeweils nach ihren Interessen und Machtansprüchen diktiert hatten.

Das Tauwetter bringt aber in Osteuropa eine noch viel ältere Grenze zum Vorschein, die m. E. viel zu wenig beachtet wird. Ich meine damit gewissermassen die kulturelle oder besser: die sozio-kulturelle Grenze, die zugleich die religiöse Linie zwischen den Katholiken und Protestanten auf der einen Seite und den Or-

thodoxen auf der anderen und damit letztlich die Grenze zwischen zwei politischen Systemen markiert. Diese alte europäische Trennlinie verschafft sich beinahe eruptiv neue Geltung, nachdem der totalitäre und gleichmacherische reale Sozialismus sie während Jahrzehnten vergeblich zu tilgen trachtete. Unnötig darauf hinzuweisen, dass eine vergleichbar konfliktträchtige sozio-kulturelle Trennlinie auf dem Balkan zum Islam verläuft.

Ob es im Rahmen der Reformbemühungen gelingen wird oder überhaupt gelingen kann, diese Grenzlinie — bildlich gesprochen — nach Osten zu verschieben, das wird sich erst in den nächsten Jahren und Jahrzehnten weisen. Nicht ausgeschlossen ist, dass sich im Ergebnis der Veränderungen in diesem Jahrhundert der Graben zwischen dem Westen und dem Osten noch vertiefen könnte.

Kernproblem ist die Denkweise

Ausschlaggebend wird unter dieser Perspektive unsererseits eine Politik sein, die jene als «Europäer» akzeptiert, die am Aufbau Europas aktiv teilnehmen wollen und sie in diesem Bemühen möglichst weitgehend unterstützt. Diese Unterstützung im geistigen Bereich ist indessen äusserst heikel und darf nicht missionarisch geprägt sein. Denn leicht könnte die «europäische Idee» hinter jener kulturellen Grenze, also z. B. in Sofia, Kiew oder gar in Moskau anders empfunden und bewertet werden als in Warschau, Prag oder Budapest — nämlich als fremde, hegemoniale und das eigene kulturelle «Lob des Herkommens» zerstörende Mission.

Das schwierigste Kernproblem der Systemtransformation in den Ländern Mitteleuropas und vor allem den Republiken der ehemaligen UdSSR liegt letztlich in der Denkweise, also in den Köpfen der Menschen verborgen. Die Menschen haben zwar Freiheit, aber immer noch nicht eine funktionierende demokra-

tische Ordnung und Verwaltung erreicht. Deswegen ist die Freiheit sehr labil und zerbrechlich. Es besteht nach wie vor eine Gesellschaft, in der die politische Willensbildung nicht von unten nach oben, sondern in umgekehrter Richtung erfolgt. Weiterhin wird alles von anonymen Kollektiven oder eben letztlich vom Staat erwartet. Nach der vorgeprägten Meinung der resignierenden Menschen soll nach wie vor der Staat und nicht die Initiative des einzelnen die Demokratie, den Parlamentarismus und auch die Marktwirtschaft schaffen.

Diese Prägung der Menschen insbesondere in der ehemaligen UdSSR geht zurück in die historische und kulturelle Entwicklung des Zarenreiches. Der Marxismus-Leninismus hat seit dem Staatsstreich von 1917 als aggressives ideologisches System alles getan, um den Menschen in seiner Totalität in Anspruch zu nehmen und jedes andere Denken auszuschalten. Er hat die Menschen entmündigt und auf die Vernichtung der Individualität und die Aufhebung des wertbezogenen, verantwortlichen Denkens im Volke mit allen Mitteln hingearbeitet. Dennoch ist es ihm nicht gelungen, das Streben nach Freiheit total zu unterdrücken und sämtliche Wurzeln auszureissen, die eine jahrhundertalte Geschichte, Kultur und Religion wachsen liessen. Aber die geistigen Schäden, die das System verursachte, sind schwerer zu beheben als die materiellen.

Wertvorstellungen der offenen Gesellschaft vermitteln

Trotzdem ist in den neuen Republiken eine Wiederbelebung der geistig-sittlichen Kräfte zu beobachten. Wir im Westen sind herausgefordert, unseren Beitrag zu leisten, dass sich solche hoffnungsvollen Ansätze weiterentwickeln. Es gilt, den Mitmenschen in Mittel- und Osteuropa die Zuversicht zu vermitteln, dass menschliches Leben und Zusammenleben Sinngabe erheischt und letztlich nicht alles auf das Materielle ankommt. Wir sind gefordert, den

Menschen in vielfältiger — nicht missionarischer oder rechthaberischer — Weise unsere Solidarität zu bezeugen und sie geistig zu unterstützen, die neugewonnenen Freiräume verantwortungsvoll und selbsttätig zu nutzen.

Nicht zuletzt unsere eigenen Interessen im werdenden neuen Europa gebieten einen solchen Einsatz. Die Völker im Osten bedürfen demnach nicht bloss der materiellen, sondern ebenso sehr der geistigen Hilfe. Hierbei geht es vorab um die Vermittlung der Wertvorstellungen der offenen Gesellschaft mit dem Ziel, die Spielregeln des demokratischen Systems verständlich zu machen und letztlich beim einzelnen Menschen die Einsicht in die Notwendigkeit zu fördern, Verantwortung für sich selber und die Gemeinschaft aktiv zu übernehmen.

Dass der angestrebte geistige Lernprozess zusätzlich belastet ist mit einer zunehmenden sozialen Polarisierung, mit dem Machtstreben der alten und neuen Elite, durch das Weiterwirken autoritärer Strukturen und entsprechende Denk- und Handlungsmuster — um nur einige aus dem komplexen Bündel von Problemen zu nennen — zeigt auf, wie schwierig die zu lösende Aufgabe sich darstellt.

Allein aus dieser Perspektive wird einsichtig, dass der Zeitfaktor eine ausschlaggebende Rolle spielt. Die Reformen werden nicht Jahre in Anspruch nehmen, bis sie für die breite Masse der Völker Resultate zeitigen. Nicht Jahre, sondern wahrscheinlich Jahrzehnte und somit Generationen. Bleibt uns diese erforderliche Zeit? Oder gehen die Umwälzungen in dieser Region eventuell schubweise mit derselben Geschwindigkeit weiter, wie sie uns seit 1989 geradezu überrollt haben? Wenn dieser Fall einträte, würde die europäische Politik einmal mehr einer rasanten Entwicklung unvorbereitet und — im doppelten Sinne — ungerüstet hinterherhinken. Auch ohne diese Schwarzmalerei muss festgestellt werden, dass Europa plötzlich in einem Problem-Komplex von miteinander verwobenen Krisen steckt, die alle gleichzeitig zu lösen wären.

Instabilität im Osten hat auch Folgen für den Westen

Aufgrund der bisherigen Ausführungen muss zusammenfassend festgestellt werden, dass die Lage in den ehemals kommunistischen Ländern nach dem Umbruch in Mittel- und Osteuropa — natürlich von Land zu Land verschieden und mit Differenzierungen — geprägt ist durch einen rapiden wirtschaftlichen Niedergang, enorme soziale Spannungen und eine insbesondere durch aufbrechenden Nationalismus und politische Fragmentierung verursachte Instabilität. Aufgrund jahrzehntelang gültiger, völlig anderer Systemprinzipien fehlen die Voraussetzungen für den Übergang von der Plan- zur Marktwirtschaft und von totalitären zu pluralistischen politischen Strukturen weitgehend. Der wirtschaftliche und politische Neuaufbau erfolgt im Ver-

hältnis zum plötzlichen Kollaps der alten Strukturen zu langsam.

Es entstehen — juristisch ausgedrückt — rechtsfreie Räume und damit Unsicherheit, wachsende Verunsicherung und vielfach Resignation. Diese labile Situation, die in Osteuropa entstanden ist, schlägt spürbar auf die Stabilität in Westeuropa zurück. Auch in Westeuropa sind eine politische Radikalisierung, ein zunehmender Nationalismus und ein verstärkter Regionalismus evident.

Und dennoch: Auf beiden Seiten des ehemaligen «Eisernen Vorhangs» ist das dringende Bestreben feststellbar, möglichst rasch den Aufbau der Marktwirtschaft in Osteuropa voranzubringen, demokratisch-parlamentarische Strukturen zu festigen, die beiden Hälften des Kontinents wirtschaftlich zu verflechten und gemeinsame, übergreifende Sicherheitsstrukturen zu etablieren. ■

LESERBRIEF

Die Nachricht, dass SOI/SFD wegen des Mangels an finanzieller Unterstützung seine Arbeit aufgeben muss, erschüttert alle, die dieses Werk in irgendeiner Form mittragen.

Dass dies ausgerechnet heute geschieht, ist unbegreiflich und höchst bedenklich. Die Frage stellt sich: Fällt es leichter, ein System zu bekämpfen, das unsere demokratischen Wurzeln und damit einen relativ gesicherten Wohlstand zerstören will, als mitzuhelfen, Nachbar- und anderen Ländern, die in jeder Beziehung schwerst geschädigt worden sind, für einen demokratischen Aufbau zur Seite zu stehen? Zu erwähnen sind hier «Swiss Press Revue and News Report» und «Schweizer Bote».

Eine weitere und bange Frage: Ist unsere durch viele Jahrzehnte gewachsene, von verantwortungsbewussten Männern aufgebaute

Demokratie für viele bloss noch ein Aushängeschild, hinter welchem sich einige ambitionöse Personen und Parteien verstecken und nur noch wenige den Mut haben, Dinge und Situationen offen und nüchtern beim Namen zu nennen, zu erkennen, und zur Diskussion zu stellen? Ist sachliche, dem Ganzen dienende Diskussion überhaupt noch möglich?

Dass solch schwerwiegende Fragen auftauchen, ist ein Zeichen, ein Menetekel, warum SOI/SFD weiterbestehen müsste. Dessen umfassende Dokumentation sowie die erfahrenen Mitarbeiter lassen sich nicht leicht wieder aufbauen und ersetzen. Die Analogie zur Abschaffung der Armee liegt auf der Hand ...

Wir hoffen auf einsichtige Gruppen, Firmen, Frauen und Männer.

*Eugénie Lange, Bern
Stephan Lott, Ittigen*